

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	163
		TOP:	11 a
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	02.05.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Arnold, Herr Christiani (beide SSB AG)		
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	Fahrgastfreundlicher 80 m-Bahnsteig am Wilhelmsplatz Bad Cannstatt - Antrag Nr. 98/2017 (90/GRÜNE, SPD, SÖS-Linke-PluS) vom 31.03.2017 - mündlicher Bericht -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei-anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

Herr Arnold schildert die Zusammenhänge am Verkehrsknotenpunkt Wilhelmsplatz in Bad Cannstatt und geht auf den interfraktionellen Antrag Nr. 98/2017 von 90/GRÜNE, SPD und SÖS-LINKE-PluS ein. Er bezieht sich auf den vorgeschlagenen Umbau des Bahnsteigs stadteinwärts und hebt die Konsequenzen aus der Wegnahme einer Fahrspur für den Kfz-Verkehr in Fahrtrichtung Innenstadt hervor. Die aktuell geplante Maßnahme, die Stadtbahn-Haltestelle Wilhelmsplatz auf einen 80 m-Bahnsteig auszubauen, sei mit den Behindertenverbänden abgestimmt. Bei dieser Haltestelle handelt es sich zu 40 % um umsteigende Fahrgäste. Die straßenverkehrstechnische Beurteilung bezüglich der hinzukommenden Stadtbahnlinien U19 und U16 müsse berücksichtigt werden. Hinzu komme die Schnellbuslinie zwischen Cannstatt und der Innenstadt, die durch diesen Verkehrsknotenpunkt hindurchführen soll. Die Zielkonflikte müssen per Signalsteuerung bewältigt werden. Für die SSB sei es nicht vorstellbar, dass in Richtung Innenstadt Reduzierungen an den Fahrstreifen vorgenommen werden könnten.

Im vorliegenden Antrag sei das Thema der barrierefreien Fußwegbeziehungen in Richtung Wilhelma angesprochen worden. Hierbei böte sich die Badstraße und die Nutzung der Stadtbahnlinie U13 bis zur Haltestelle Rosensteinbrücke an. Auf die Fahrgastströme und die Konsequenzen für den gesamten Verkehrsablauf am Knoten Wilhelmsplatz bezogen könne die SSB die Vorschläge des Antrags nicht befürworten. Die SSB gehe davon aus, nach der Vorstellung der weiteren Entwicklung im Bezirksbeirat Bad Cannstatt am 17.05.2017, am 22.05.2017 mit der notwendigen Oberbau-Erneuerung zu beginnen.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) bedankt sich für die Vorstellung der Maßnahme im UTA. Er äußert sich überrascht über den Beginn des Ausbaus am Wilhelmsplatz und unterrichtet, Herr Tattermusch, der Behindertenbeauftragte, sei angeschrieben worden und habe gemeint, die fortgeschrittene Planung sei kein Argument, um für 15 bis 20 Jahre Fakten zu schaffen. Die Planungen, die die beantragenden Fraktionen vorschlagen, würden ein barrierefreies Verlassen des Bahnsteigs in beiden Richtungen und einen zusätzlichen Abfluss der Fußgänger über einen Mittelsteig vorsehen. Der Stadtrat zeigt sich irritiert, warum nicht bei der Umgestaltung von den künftigen Anforderungen ausgegangen werde. Es gebe das Verkehrsentwicklungskonzept, das aufgrund der zusätzlichen Stadtbahnlinien U16 und U19 zukünftig von 20 % weniger motorisiertem Individualverkehr ausgehe. Außerdem gebe es die Planungen zur Hauptradroute 1, die bei der Überfahrt des Wilhelmsplatzes gekappt worden seien. Seiner Meinung nach sollte geprüft werden, wie der einfließende Verkehr dosiert werden könne, sodass der Wilhelmsplatz entlastet werde. Im Bezirksbeirat gehe die Reduzierung der Verkehrsmenge mit der raschen Inbetriebnahme der Pfortnerampel an der Beskidenstraße einher.

Seitens der Bevölkerung werde die städtebauliche Entwicklung des Wilhelmsplatzes zu einem urbanen Hotspot favorisiert - mit Vorrang des ÖPNV. Der eingebrachte interfraktionelle Entwurf solle mit Blick auf die künftige Entwicklung näher angeschaut werden, legt StR Peterhoff der Verwaltung nahe. Es solle vermieden werden, dass ein Umbau am Wilhelmsplatz vollzogen werde, der nicht in Richtung einer Aufwertung des Platzes gehe.

StRin Gröger (SPD) erinnert an die Diskussion anlässlich der Barrierefreiheit im Bezirksbeirat. Zudem sei bei dem Bau der 80 m langen Haltebahnsteige auf das Jahr 2020 verwiesen worden mit dem Versprechen, eine Ausführungsplanung in den Gremien vorzustellen. Sie bemängelt, dass die Bevölkerung vor Ort unzureichend über die Kurzfristigkeit der Maßnahme informiert worden sei und dass sich mit Behindertenverbänden ausgetauscht werde, anstatt den Weg über den Behindertenbeauftragten zum Behindertenbeirat zu suchen. Der Behindertenbeirat würde die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum als das dringlichste Anliegen neben der Wohnmöglichkeit für Menschen mit Handicap ansehen, informiert StRin Gröger. Insgesamt müsse über ein Gesamtkonzept für den Wilhelmsplatz nachgedacht werden. Wie bereits ihr Vorredner weist sie darauf hin, eine Lösung in Bezug auf die Hauptradroute 1 zu finden.

Für StR Ozasek (SÖS-LINKE-PluS) ist es unstrittig, dass der Verkehrsknotenpunkt umgebaut werden müsse. Aus seiner Sicht sei eine Reduktion der Fahrspuren angesichts eines anderen Modal Split unumgänglich. Eine weitere Diskussion müsse hinsichtlich der Reduktion der "zerschneidenden Wirkung des gesamten Verkehrsgeschehens im Bezirk Bad Cannstatt" geführt werden. Er kritisiert, dass es diesbezüglich noch keine Grundsatzdiskussionen gegeben habe. Die Fraktion SÖS-LINKE-PluS fordert bei Umbaumaßnahmen der wichtigen Stadtbahnhaltepunkte eine frühzeitige Einbindung

des Rats und eine Beratung in den jeweiligen Ausschüssen. Dies möchte er für die Zukunft sichergestellt wissen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Verkehrsplanung bei dem Referat Strategische Planung und nachhaltige Mobilität (S/OB) liegt.

Im Hinblick auf die Barrierefreiheit schließt sich StR Ozasek seiner Vorrednerin an, Herrn Tattermusch als Ansprechpartner von Anfang an einzubinden. Unter dem Blickwinkel der Barrierefreiheit müsse eine umfassende Betrachtung der umliegenden Flächen und der Wegebeziehungen stattfinden und nicht nur der angedachten Fläche.

Herr Arnold äussert, dass der Behindertenbeauftragte selbstverständlich hinzugezogen werde.

Eine mittelfristige Untertunnelung des Wilhelmsplatzes regt StRin Bulle-Schmid (CDU) an. Sie warnt hingegen vor einem Rückbau der Straße mit der Wegnahme einer Fahrspur, da diese Situation ein Verkehrschaos in Cannstatt auslösen würde. Ihre Fraktion lehnt den Antrag entschieden ab.

StR Dr. Schertlen (STd) schlägt vor, den Bahnsteig in die Mitte zu bauen und diesen barrierefrei zu gestalten. Auch er erwartet - wie StR Ozasek - die Einbindung der Gremien im Vorfeld.

StR Brett (AfD) bemängelt die Diskussion bezüglich des Umbaus der Haltestelle und schließt sich den Ausführungen von Herrn Arnold an.

StR Körner (SPD) bittet um eine Einschätzung der Stadtverwaltung im Hinblick der geplanten Baumaßnahmen.

StR Conz (FDP) schlägt vor, die 80 m langen Stadtbahnzüge an den 40 m langen Bahnsteigen halten zu lassen und die Straßenkreuzung an dieser Stelle neu zu planen.

BM Pätzold weist darauf hin, dass die vorgeschlagene Maßnahme Kurzfristigkeit hinsichtlich des Terminplans besitzt. Die städteplanerische Problemstellung des Wilhelmsplatzes könne nicht in diesem Jahr gelöst werden. Hierzu gehörten Verkehrsuntersuchung, Bürgerbeteiligung und sämtliche Planungsmaßnahmen. Deswegen schlage er vor, diese Tatsachen zu trennen.

StR Peterhoff stellt fest, dass bei der Haltestelle stadteinwärts die Barrierefreiheit nicht möglich sein werde. Er stellt klar, dass das Bestreben der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei, den interfraktionellen Entwurf unter den Rahmenbedingungen prüfen zu lassen. Außerdem sollte die künftige Entwicklung des Wilhelmsplatzes auf die Tagesordnung genommen werden. Diese beiden Punkte sollten unter Berücksichtigung der Alternative erneut beraten werden.

Vom Verfahren her gesehen rät Herr Arnold dazu, die Zielkonflikte angemessen zu berücksichtigen, was mit der vorgestellten Lösung versucht worden sei. Primär gehe es um die Entfluchtung des Cannstatter Wasens, um im Notfall möglichst viele Wasenbesucher mit Langzügen aus der Gefahrenzone transportieren und in Cannstatt aussteigen lassen zu können. Aufgrund dessen benötige man auf der ganzen Länge einen Hochbahnsteig. Das sei der Grund für die vorgezogene Umsetzung. Unter den Rah-

menbedingungen der Stadtbahnlinien U19 und U16 könne er sich nicht vorstellen, wie es gelingen könne, sämtliche Anforderungen abzudecken. Er weist auf unabsehbare Folgen in zeitlicher und finanzieller Hinsicht hin, wenn der Ausbau aktuell gestoppt würde. Wenn es gewünscht werde, so Herr Arnold, werde man erneut im UTA beraten.

Herr Oehler (ASS) erläutert, bezüglich der Rücknahme einer Fahrspur in Bad Cannstatt sei bereits im Rahmen der Hauptradroute 1 diskutiert worden, wie der Radverkehr über den Wilhelmsplatz geführt werden könne. Es sei allerdings aufgrund der Verkehrsmenge so, dass es nicht machbar sei, da lange Staus im Umfeld des Wilhelmsplatzes erzeugt würden. Aktuell gehe es bei der SSB um einen Umbau im Bestand. Bei einer entsprechenden Verkehrsreduzierung könnte die Umgestaltung des Wilhelmsplatzes hinsichtlich der städtebaulichen Mängel erneut angedacht werden. Aufgrund der vier Stadtbahnlinien und des Busverkehrs wäre es kontraproduktiv, die Fahrstreifen zu reduzieren. Die Grünzeiten müssten verlängert werden, was zulasten der Fußgänger ginge. Er hofft, dass Möglichkeiten gefunden werden, wie mittelfristig der Verkehr an dieser Stelle reduziert werden könne.

BM Pätzold schlägt vor, den Umbau der Stadtbahnhaltestelle aus den verkehrlichen Belangen herauszuhalten, da langfristige Überlegungen in punkto einer Umgestaltung erforderlich seien.

StR Peterhoff stellt eine Einigung in der Zielsetzung fest. Allerdings seien die Zuflussdosierung (Pfortnerampel) und die Signalsteuerung am Wilhelmsplatz unter der Zunahme der Stadtbahnlinien noch unklar. Deshalb beantrage er:

- die Zurückstellung des Ausbaus der Stadtbahnhaltestelle am Cannstatter Wilhelmsplatz stadteinwärts
- die Untersuchung der Alternativen unter den genannten Rahmenbedingungen.

StR Körner schließt sich seinem Vorredner an und bittet um Klarstellung der Folgen für die Stadtverwaltung und die SSB. StR Dr. Schertlen befürwortet die Antragstellung. Zustimmung äußert auch StR Ozasek. Allerdings bittet er erneut, über die Zielkonflikte am Wilhelmsplatz in den Gremien zu befinden. Er bemängelt, dass zunächst für die Untersuchung der Zuflussdosierung finanzielle Mittel im nächsten Doppelhaushalt beantragt werden müssten.

StRin Bulle-Schmid kann sich einem einseitigen Ausbau der Stadtbahnhaltestelle nicht anschließen.

StR Brett schließt sich seiner Vorrednerin an und meint, es sei notwendig, die Stadtbahn auszubauen. In diesem Zusammenhang bittet er um die Vorstellung der Kosten.

Das Investitionsvolumen liege bei 1,3 Mio. €, inklusive Erneuerungsmaßnahmen, erläutert Herr Arnold. Ihm sei wichtig klarzustellen, es gehe ausschließlich um die Verlängerung der Hochbahnsteige. Die Maßnahmen, die im interfraktionellen Antrag gefordert werden, könnten zu gegebener Zeit nachgerüstet werden. Die Folge für das Entfluchtungskonzept wäre allerdings, dass die Haltestelle nicht mehr mit den Zügen angefahren werden könnte, da auch über das Gleisbett entfluchtet werde. Unter der Prämisse der mittelfristigen Verlängerung der Stadtbahnlinie U1 mit 80 m-Zügen müssten die 80 m-Hochbahnsteige gebaut werden. Abschließend erwähnt Herr Arnold, es handle sich bei diesem Ausbau um eine gängige Nachrüstmaßnahme.

Der Vorsitzende regt an, den interfraktionellen Vorschlag in einem größeren Ausschnitt mit den Auswirkungen aus verkehrsplanerischer Sicht zu betrachten.

StR Peterhoff hält weiterhin an der Antragstellung fest und bittet erneut um Abstimmung. In diesem Zusammenhang verweist er auf den Wortlaut des Antrags: "Ergänzend zu den bisherigen Plänen wird oben genannte Alternativplanung geprüft, und im Nachgang erfolgt eine Berichterstattung im UTA".

Der Vorsitzende lässt über Ziffer 1 "Der im Sommer geplante Umbau der Haltestelle Wilhelmsplatz wird am Bahnsteig stadteinwärts zurückgestellt" und über Ziffer 3 "Ergänzend zu den bisherigen Plänen wird oben genannte Alternativplanung ausgearbeitet und vorgestellt" des Antrags Nr. 98/2017 abstimmen und stellt fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik stimmt bei 9 Ja-Stimmen und 8 Gegenstimmen mehrheitlich zu.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat StU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (5)
weg. UTA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
SSB
 2. S/OB-Mobil
 3. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 4. Referat SI
SI-BB
 5. Referat T
Tiefbauamt (2)
 6. BezA Bad Cannstatt
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. Stadtkämmerei (2)
 9. L/OB-K
 10. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN